

Bisher 728 Millionen Euro für Gesundheitskarte ohne Mehrnutzen

Viel soll das Wunderding bringen, das die meisten Versicherten schon haben: die Gesundheitskarte. Gekostet hat sie bereits fast eine Milliarde Euro - sie nützt bisher aber fast nichts. Ob sich das ändert, ist offen.

Die elektronische Gesundheitskarte droht zu einem hunderte Millionen Euro teuren Debakel ohne Nutzen für die Patienten zu werden. Davor haben die deutschen gesetzlichen Krankenkassen am Donnerstag in Berlin gewarnt. Leistungserbringer seien daran Schuld, kritisierte der Verwaltungsrat ihres Spitzenverbands in einer Erklärung. Gemeint sind vorwiegend die Kassenärzte, die aus Sicht der Kassen das IT-Projekt mit dem Kürzel eGK hintertreiben. Deren Organisation wiesen den Vorwurf zurück.

Kassen-Verbandssprecher Florian Lanz bestätigte der Deutschen Presse-Agentur frühere Angaben der "Rheinischen Post", nach denen die Versicherungen bislang 728 Millionen Euro an Beitragsgeldern in die Karte investiert haben. Zehn Jahre nach dem Beschluss zur Einführung der eGK ist diese heute weitgehend an die rund 70 Millionen gesetzlich Versicherten in Deutschland verteilt. Der einzige klare erkennbare Unterschied zur alten Krankenkassenkarte ist aber bislang: Sie trägt ein Foto des Versicherten. So soll Missbrauch verhindert werden.

Als nächster Schritt sollen Daten wie etwa die Adresse via Online-Verbindung automatisch geändert werden können - etwa wenn der Versicherte umzieht. Dann müssen keine neuen Karten verschickt werden. Der Kassen-Verband warnte nun, wegen Dauerblockaden drohten solche Anwendungen zu unterbleiben. "Um von dem Mehrwert der Karte profitieren zu können und nicht ausschließlich die höheren Stückkosten der eGK zu tragen, sind Online-Anwendungen zwingend notwendig."

Viele Hoffnungen ruhen auf der eGK: Sobald die Karte als Schlüssel für Online-Kommunikation über als sicher geltende Server funktioniert, sollen Ärzte Befunde und andere Informationen elektronisch übermitteln können. Fallakten über den Behandlungsverlauf sollen ausgetauscht werden können. Beispielsweise Doppelmedikationen und Therapie-Chaos sollen eingedämmt werden.

Möglicherweise kommen später auch elektronische Rezepte und weitere Anwendungen hinzu. Doch wegen des Dauerstreits zwischen den beteiligten Verbänden von Ärzten, Kliniken, Apothekern und Krankenkassen steht all das noch in den Sternen.

Auch eine Möglichkeit zur direkten Speicherung auf der Karte soll es geben: für Patientenverfügungen oder Daten für Notfälle, etwa zu Vorerkrankungen oder Allergien.

Der Kassenverband forderte den Gesetzgeber auf, die Karte durch strikte Vorgaben etwa an die Ärzteorganisationen zu retten. "Hierzu gehören insbesondere verbindlich einzuhaltende Termine einschließlich

finanzieller Sanktionen, sofern diese Verpflichtungen nicht erfüllt werden."

Die indirekt angesprochene Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) warf ihrerseits den Kassen Blockade vor. "Der GKV-Spitzenverband hat in der Vergangenheit viele sinnvolle Vorschläge der KBV blockiert, etwa die Einrichtung von "eKiosken", bei denen die Versicherten in den Filialen der Krankenkassen ihre Karten an einem Terminal selbst aktualisieren und ihre Daten verwalten können", sagte Sprecher Roland Stahl der dpa. Die eGK müsse einen Mehrwert auch für die Ärzte haben und dürfe nicht nur an Interessen der Kassen ausgerichtet sein.